

Wolfgang Heine über das Quertreiben in der Sozialdemokratie.

In der neuesten Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ macht Wolfgang Heine bemerkenswerte Äußerungen, aus denen einiges mitgeteilt sei. Er knüpft zunächst an den Aufruf an, den eine Anzahl von Parteifunktionären am 9. Juni erlassen hat, und sagt:

„Der Rotabellenaufwurf vom 9. Juni verlangt, daß die Partei „auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden“ eröffne. Worin der „Klassenkampf“ jetzt in der Kriegszeit bestehen soll, darüber hüllen diese Verkünder eines neuen Weges für die Sozialdemokratie sich in tiefes Schweigen. In geschlossenen Versammlungen, wo kein Belagerungszustand sie stört, habe ich versucht herauszubekommen, was sie denn eigentlich wollen. Es ist interessant festzustellen, daß sowohl Haase wie Ströbel die Notwendigkeit zugeben, auch fernerhin dem Vaterland mit der Waffe zu dienen und es zu verteidigen. In manchen Köpfen spukt aber ein Vorbehalt: Frechten sollen unsere Genossen, aber nur gezwungen, nicht freiwillig, nicht mit Begeisterung. Ich muß gestehen, daß eine solche Gesinnung mir unbegreiflich ist. Wenn ein politischer oder religiöser Fanatiker in seinem Haß gegen den Krieg so weit ginge, daß er den Waffen dienst verweigerte und die Folgen für seine Person auf sich nähme, so könnte das ein ehrenhafter Irrtum sein. Wer aber einsehe, daß er für sein Vaterland kämpfen muß und trotzdem dies mit möglichst saurer Miene täte, der würde an Schulung e n erinnern, die zwar aus Angst vor dem Behrer ihre Aufgaben lernen, sich aber dadurch rächen, daß sie sie möglichst brummend und mißvergünstigt ausführen. Ich wollte, daß einer aus dem Felde antwortete: Wer im Kugelregen steht, der hat keine Zeit für solche jämmerlichen Vorbehalte.“

Daß sich eine Welle des Quertreibertums in der Sozialdemokratie erheben konnten, liegt nach Heine, soweit Berlin in Betracht kommt, hauptsächlich am „Vorwärts“, „der die wirklichen Friedensmöglichkeiten und das, was ihnen jetzt noch entgegensteht, nicht klar und wahr darstellt und sich dadurch als der schlimmste Schädiger wirklicher Friedensarbeit erweist. Systematisch werden von gewisser Seite die Genossen in den Glauben verführt, daß Deutschland den Krieg schon gewonnen hätte, daß es nur an der Regierung und den herrschenden Klassen Deutschlands läge, wenn der Friede nicht hergestellt würde, daß deshalb mit dem Schrei nach Frieden, mit der Parole „Die Waffen nieder!“, mit der Anrufung der Feinde und dem Appell an die internationalen Ideale, mit der Ablehnung des Durchhaltens der Friede hergestellt werden könnte“. Demgegenüber verweist Heine auf Vandervelde, der erst kürzlich wieder Äußerungen getan hat, die nichts anderes heißen, als daß sich Vandervelde die Vertrimmerung Oesterreichs und der Türkei und die Verkleinerung Deutschlands zum Ziel setzt, und daß er die deutschen Sozialdemokraten auffordert, ihm dabei behilflich zu sein.

Neulich hat die „Berliner Tagwacht“, die die Niederlage Deutschlands ersehnt, eine Eingabe veröffentlicht, die einige deutsche und wirtschaftliche Verbände vertraulich an die deutsche Regierung gerichtet haben. Dazu sagt Heine: „Geradezu als Verräter an der Idee des Friedens aber hat der gehandelt, der das Schriftstück der wirtschaftlichen Verbände, das deren Kriegsziele enthält, der „Berliner Tagwacht“ in die Hände gespielt und in dem Artikel „Der deutsche Raubzug“ die wahrheitswidrige Behauptung aufgestellt hat, dies wäre das Kriegsziel der deutschen Regierung. Man muß nur lesen, wie Hanotaux im „Figaro“, Clemenceau im „Somme enchainé“ und selbst die „Humanité“ dies zum Anlaß nehmen, um die Kriegslust in Frankreich neu anzufachen und den Kampf gegen Deutschland bis zur Vernichtung zu predigen. Deutsche Sozialdemokraten, die ehrlich einen Frieden wollen, der nicht auf Kosten ihres Vaterlandes geschlossen wäre, müßten die Gemeinschaft mit einem Menschen, der bewußt sein Vaterland und sein Volk schädigt, der vielleicht das Blut neuer Zehntausende von Braven in Deutschland und den feindlichen Ländern auf seinem Gewissen hat, mit Entrüstung ablehnen. Freilich soll auch die Schuld deren nicht vergessen werden, die allen bewußten Warnungen der Regierung zum Trotz diese ausschweifenden Wünsche zu Papier gebracht haben, ohne Rücksicht auf die Unmöglichkeit, sie den feindlichen Ausland geheim zu halten. Ueber den Inhalt dieser Pläne kann und will ich hier nicht reden. Das ganze Geschwätz für und gegen Annexionen hat mich als Deutschen stets aus schmerzlichste berührt, weil es unser Volk in die lächerliche Stellung von Narren bringt, die in ernster Zeit nichts Besseres zu tun wissen, als sich über das Fell des Wären zu streiten, der noch nicht erlegt ist.“ Da aber nun die erwähnte Eingabe im Ausland bekannt ist, hält Heine die Aufhebung des Verbots, die Kriegsziele zu verbreiten, im Interesse des Reiches für erwünscht, denn das Verbot komme jetzt nur noch denen zugute, die im Ausland gegen Deutschland hetzen.

Die Erklärung des sozialdemokratischen Parteivorstandes findet Heine im allgemeinen gut, aber auch er wendet sich gegen die letzten Sätze, in denen die Erklärung die Initiative zum Frieden der deutschen Regierung zuschieben möchte, und hier erhebt sich Heine zu folgender Mahnung an seine Partei:

„Man geht kaum fehl, wenn man annimmt, daß der sozialdemokratische Parteivorstand die tatsächliche Lage des Krieges genau so gut gekannt hat wie andere Leute, und wenn man deshalb in dieser Aufforderung an die Regierung nichts als eine schöne Geste sieht, bestimmt, Parteigenossen und vielleicht auch ausländische Sozialisten zufriedenzustellen. Hier ist aber doch zu sagen, daß Zeit und Gegenstand zu ernst sind, um Geste zu machen, denen die Tatsachen nicht entsprechen. Ungefährlich ist dies wirklich nicht. Bereits verurteilt die feindliche Presse das Verlangen des Parteivorstandes, die deutsche Regierung solle den ersten Schritt zum Frieden tun, als Beweis von Schwäche und Verworren-

heit in Deutschland. So kann dadurch der Kriegswille bei unsren Gegnern neu angefaßt werden; ganz im Gegensatz zu den Hoffnungen, die der Parteivorstand sich davon gemacht hat. Auch auf die Parteigenossen beschränke ich eine ungünstige Rückwirkung. Die ganze Quertreiberei beruht darauf, daß namentlich in Berlin die Bevölkerung sich des Ernstes der Lage, der Größe der Deutschland noch immer androhten Gefahr und der Schwierigkeit der noch zu lösenden Aufgaben, ehe wir auf einen Frieden hoffen können, noch lange nicht bewußt ist. Es heißt, diese Verwirrung fördern, wenn man an die Regierung eine Zumutung stellt, für die bisher alle tatsächlichen Voraussetzungen fehlen. Die Gegner der Fraktion und des Parteivorstandes wird man dadurch nicht beschwichtigen, sondern höchstens ermutigen.

Ebenso erwarte ich von dieser Erklärung gerade das Gegenteil der erhofften Wirkung auf die sozialistische Internationale. Ich habe wahrhaftig nichts übrig für die Maßlosigkeit des Völkerhasses und habe von Anfang an die Notwendigkeit betont, die internationalen Beziehungen im Sozialismus wiederherzustellen, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt. Der Parteivorstand und die Fraktion haben sich in wiederholten Erklärungen auf denselben Standpunkt gestellt. Das ist nun aber auch genug. Die Genossen der feindlichen Länder haben größtenteils eine schroff ablehnende Haltung, die der neutralen nicht immer eine wohlwollende angenommen; es entspricht weder der Würde noch der Klugheit, sich jetzt um die Anerkennung dieser anderen Glieder der Internationale zu bemühen. Eine so leicht und reichlich angebotene Freundschaft büßt an Wert ein und erweckt keine Sehnsucht. Vandervelde lehnt es ab, mit den deutschen Sozialdemokraten über den Frieden zu verhandeln, die für die Kriegskredite gestimmt hätten; während er persönlich doch weit mehr getan hat. Ich meine, man sollte nun abwarten, bis die anderen an uns herantreten. Ich fürchte, daß fast schon mehr geschehen ist, als dem Wunsch, uns Achtung bei den Bruderparteien zu erwerben, dienlich ist. Vielleicht liegt gerade hierin der Schlüssel für das Rätsel, daß die deutsche Sozialdemokratie, die den ausländischen Genossen am meisten entgegenkommt, am heftigsten angefeindet wird, und daß man von ihr als ganz selbstverständlich eine Preisgabe der vaterländischen Interessen erwartet hat, die keine der ausländischen sozialdemokratischen Parteien für sich auch nur in Erwägung gezogen hat. Es wiederholt sich hier anscheinend in der Sozialdemokratie, was wir im Verhältnis der Völker sich im großen haben abspielen sehen: daß nämlich das deutsche Volk, das am meisten Entgegenkommen, ja Liebe für andere Nationen und Kulturen im Herzen und auf der Zunge trägt, von allen anderen am meisten gehaßt und mißachtet wird. Ich fürchte, daß die Erklärung des Parteivorstandes uns bei den sozialistischen Parteien des Auslands keineswegs mehr Verständnis und Einfluß sichert, sondern eher das Entgegengesetzte erreicht.

Die größte Gefahr dieser Erklärung aber sehe ich auf dem Gebiet der inneren Politik; das Echo in der „Post“ und ähnlichen Blättern bestätigt bereits meine Auffassung. Die politischen Reaktionen haben keinen innigeren Wunsch, als die Sozialdemokratie wieder zu isolieren und eine Kluft zwischen ihr und der Sache des deutschen Volkes aufzureißen. Das hat bereits das Auftreten des Grafen Westarp im Reichstag gezeigt. Nun denke ich nicht daran, die Einheit um jeden Preis zu fördern. Wenn wir über die Kriegsziele werden sprechen können, wird sich herausstellen, daß sie sehr von denen mancher anderen Leute abweichen, und ich werde dann den Streit darüber offen und mit Schärfe führen. Das ist dann ein Gegenstand, der des Kampfes wert ist. Die Erklärung des Parteivorstandes aber schafft einen scheinbaren Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem übrigen Volk, ohne daß wir in der Lage wären, zu sagen, was wir wollen, und zu beweisen, daß gerade dies im Interesse des Deutschen Reichs, des deutschen Volkes liegt. Das bringt uns in eine schiefe Lage und gibt unseren Gegnern die Möglichkeit zu der Unterstellung, die Sozialdemokratie wolle dem Vaterland den Schutz versagen; wir aber sind nicht instande, dies gehörig zu widerlegen. Und so wird durch die ganze Geste nichts in unserem Sinn erzielt, wohl aber vieles gefährdet. Nicht einmal der Schein der Einigkeit wird gerettet, denn Haase hat sich beeilt, zu betonen, daß er der Vorstandserklärung nicht zugestimmt hätte, obgleich sie doch eine Konzeption an seinen Standpunkt bedeutet.

Man mache sich klar: Nicht nur die Westarp und Genossen wollen die Sozialdemokratie isolieren, um dadurch jede innere Reform unmöglich zu machen, sondern die Haase und Genossen ziehen mit ihnen an demselben Strang. Es ist ihnen ein Greuel, daß die Partei aus dem Schmolwinkel herausgelassen ist und in Verührung mit den anderen Parteien und der Regierung tritt, daß sie das Deutsche Reich jetzt nicht nur kritisiert, sondern ihm positiv helfend zur Seite steht. Sie fürchten sich vor der Verantwortung in Deutschland und vor dem Groll der Internationalen. Nun ist es gewiß kein Vergnügen, mit den Männern, die doch alle Männer von gestern sind, Politik zu machen; soll etwas dabei herauskommen, so braucht die Partei viel Fähigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen andere wie gegen sich selbst, gegen die eigenen Wünsche, Gefühle, Neigungen und Theorien. Die Kämpfe werden schwer sein. Aber gerade darum ist es nötig, daß die Partei sich eine unerschütterliche Position schafft, von der aus sie erst für den Frieden und nachher für ein neues Deutschland wirken und kämpfen kann. Diesen festen Boden hat sie, solange sie fest bleibt im Kampf für Deutschlands Erhaltung.“